Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

271 (18.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 271 | Freitag den 18. November 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Das Reichskabinett ist am Donnerstag abend zurückgetreten. Der Reichspräsident nahm den Rücktritt an.

•

Bereits am Freitag beginnen die Parteiführerbesprechungen beim Reichspräsidenten über die Neubildung des Kabinetts.

•

Die neuen Rundfunkbestimmungen sind nunmehr veröffentlicht worden.

•

Der englische Außenminister Sir John Simon hielt im Büro der Abrüstungskonferenz eine Rede über den Standpunkt der englischen Regierung zur Abrüstungsfrage.

*

Der Reichspräsident hat den angebotenen Gesamtrücktritt des Reichskabinetts von Papen angenommen und beauftragte das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte. Am heutigen Freitag wird der Reichspräsident Besprechungen mit Hugenberg für die D.N.V.P., Kaas vom Zentrum, Dingeldey für die D.V.P. und am Samstag mit dem Führer der N.S.D.A.P., Hitler, und Staatsrat Schäffer von der B.V.P. haben. Man nimmt an, daß die bevorstehenden geheim zu haltenden Besprechungen Mitte nächster Woche abgeschlossen sein werden.

*

Die deutsche Außenpolitik wird durch die innerpolitischen Ereignisse keine Aenderung erfahren. Reichsaußenminister von Neurath wird sich Ende der Woche, wie vorgesehen, nach Genf begeben.

*

Die englische Fliegerin Emmy Mollison-Johnson hat auf ihrem Rekordflug London-Kapstadt in Lüderitzbucht (Afrika) notlanden müssen. Sie setzte nach mehrstündiger Verzögerung ihren Flug fort.

Reichsrat für Freitag einberufen

Berlin, 17. Nov. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet, ist das Reichsratsplenum für Freitag nachmittag einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht vor allem die Beschlußfassung über die von den Vereinigten Reichsratsausschüssen beantragte Entschließung, die zu dem **Verhältnis zwischen Reich und Preußen** und zur Frage der Reichsreform Stellung nimmt. Die Tagesordnung spricht allerdings von einer Beschlußfassung „über die von Bayern in der Sitzung der Vereinigten Ausschüsse vom 12. November 1932 beantragte Entschließung"; in Kreisen der Regierung Braun wird darauf hingewiesen, daß nach Meinung der preußischen Staatsregierung diese Bezeichnung irrtümlich sei, weil der ursprüngliche bayerische Antrag in geänderter Form bereits in den Vereinigten Reichsratsausschüssen angenommen wäre, und weil damit ein Beschluß der Reichsratsausschüsse vorliegt, den das Plenum zu bestätigen hätte. Auf der Reichsratstagesordnung stehen im übrigen zahlreiche kleine Vorlagen.

Gronaus Empfang in Berlin

Berlin, 17. Nov. Der Reichsverkehrsminister gab ein festliches Frühstück zu Ehren des Weltfliegers von Gronau und seiner Flugkameraden von Roth, Fritz Albrecht und Franz Hack. In einem Trinkspruch begrüßte der Reichsverkehrsminister von Gronau als den ersten Deutschen, der den gesamten Erdball umflogen hat. Der Minister schloß mit dem Wunsche, daß die Besatzung kraft ihrer Bewährung auf dem großen Fluge und ihrer reichen Erfahrung erfolgreich ihres Amtes als Lehrer des deutschen Fliegernachwuchses walten möge.

Wolfgang von Gronau dankte in herzlichen Worten für die freundliche Begrüßung und gedachte der Unterstützung, die sein Plan bei dem jetzigen Reichsverkehrsminister und seinem Vorgänger Reichsminister Treviranus gefunden habe. Dieser Plan sei gewesen, unabhängig von allen finanziellen und kommerziellen Fragen die Flagge des deutschen Flugwesens einmal auf dem ganzen Erdenrund zu zeigen. Der Erfolg war größer als man irgend erwarten konnte.

Die Wahlen in Dänemark

Kopenhagen, 17. Nov. Die Ergebnisse der Wahlen zum Folketing stellen sich folgendermaßen dar: **Sozialisten** 660 782 Stimmen gegen 598 191 bei den letzten Wahlen, danach 62 Mandate gegen 61 in der letzten Wahl, **gemäßigte Linke** 381 760 Stimmen gegen 402 121 und 38 Mandate gegen 44; **Konservative** 289 525 Stimmen gegen 233 935 und 27 Mandate gegen 23; **Linksradikale** 145 206 gegen 151 746 Stimmen und 14 Mandate gegen 16; **Georgisten** (Rechtserverband) 41 215 gegen 25 810 Stimmen und 4 Mandate gegen 3, **Kommunisten** 17 172 gegen 3 646 Stimmen und 2 Mandate gegen 0, **Partei der Schleswiger** (Deutsche) 9867 gegen 9787 Stimmen und 1 Mandat wie bei der vorigen Wahl, **Nationalsozialisten** 756 gegen 0 Stimmen und kein Mandat. Im allgemeinen ergaben die Wahlen Verluste für die Linksradikalen und die gemäßigte Linke zugunsten der Konservativen und der Sozialisten.

Rücktritt des Reichskabinetts

Berlin, 17. Nov. Wie wir erfahren, hat Reichskanzler von Papen dem Reichspräsidenten am Donnerstag abend die Gesamtdemission des Reichskabinetts angeboten. Der Reichspräsident hat den Rücktritt angenommen.

•

Die amtliche Mitteilung über den Empfang beim Reichspräsidenten

Berlin, 17. Nov. Der Reichskanzler erstattete dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Besprechungen, die er im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteiführern zur Erzielung einer möglichst breiten nationalen Konzentration gepflogen hat. Während die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei auf dem Standpunkt stehen, daß sie jede solche Konzentration begrüßen, welche die Arbeit der Reichsregierung zu erleichtern in der Lage sein würde, hat der Führer der Zentrumspartei der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ihm Führung und Zusammensetzung des gegenwärtigen Kabinetts nicht geeignet erscheine, den Zusammenschluß dieser Kräfte sicherzustellen. Die SPD. hat den Wunsch des Kanzlers zu einer Unterhaltung über die Mitarbeit einer nationalen Notgemeinschaft schroff abgelehnt. Die NSDAP. hat mitgeteilt, daß sie nur unter gewissen Vorbedingungen zu schriftlichen Verhandlungen bereit sei, wobei sie es von vornherein ablehnt, das von der Reichsregierung in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programm zu unterstützen.

In dieser Lage glaubt die Reichsregierung, die unter Einsatz aller ihrer Kräfte versucht hat, den ihr vom Herrn Reichspräsidenten am 1. Juni erteilten Auftrag auszuführen, im besten vaterländischen Interesse zu handeln, wenn sie heute ihr Amt in die Hände des Herrn Reichspräsidenten zurücklegt. Sie handelte dabei — ohne den Grundsatz autoritärer Staatsführung preiszugeben — nach dem von ihr schon vielfach ausgesprochenen Prinzip, daß Rücksichten auf Personen in dieser so ernsten Stunde keinen Raum haben können. Sie wünscht, dem Herrn Reichspräsidenten den Weg völlig freizumachen, damit er als der Führer der Nation und gestützt auf die hohe Autorität seines Amtes die Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Kräfte herbeiführen möge, die allein den Weg der deutschen Zukunft sichern kann.

Der Herr Reichspräsident nahm die Demission der Reichsregierung entgegen und beauftragte das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte.

*

Hindenburg und die Parteien

Verhandlungen mit den Parteiführern

Drei Etappen — Ergebnis bis Mitte nächster Woche zu erwarten

Berlin, 17. Nov. Mit der Annahme der Demission des Reichskabinetts von Papen ist die weitere innerpolitische Entwicklung nun in die Hand des Reichspräsidenten gelegt. Er wird in Besprechungen mit einer Reihe von führenden Politikern versuchen, sobald wie möglich einen Ausweg aus den außerordentlichen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu finden. Eine Beschleunigung dieser Bemühungen ist nach Auffassung der maßgebenden Kreise schon deshalb notwendig, weil vor allem das Interesse der deutschen Wirtschaft eine möglichst baldige Beendigung des jetzt beginnenden Zwischenstadiums erfordert. Darum werden die ersten Besprechungen auch bereits am Freitag stattfinden, und zwar hat der Reichspräsident die Abgeordneten Hugenberg, Kaas und Dingeldey zu sich bitten lassen. Alle drei Herren haben auch bereits zugesagt. Für Samstag sind telegraphisch Adolf Hitler und Dr. Schäffer von der Bayerischen Volkspartei, die sich noch in München aufhalten, eingeladen worden. Ihre Antwort kann natürlich noch nicht vorliegen, weil die Telegramme an sie so erst nach der Annahme des Kabinettsrücktritts hinausgegangen sind. Die Sozialdemokraten sind nicht eingeladen worden. Als Begründung dafür wird der Ton und der Inhalt der Antwort angegeben, die sie dem Reichskanzler gegeben haben.

Gegenstand der Besprechungen mit den Parteiführern wird nicht nur die Personenfrage, sondern auch das wirtschaftliche und politische Programm einer künftigen Regierungspolitik sein. Die Verhandlungen mit den Parteiführern werden sich in zwei Etappen abwickeln. In der ersten wird der Reichspräsident mit den bezeichneten Politikern einzeln verhandeln. Diese Verhandlungen sind als Vorbesprechungen gedacht. Es soll damit der Eindruck vermieden werden, als wolle man die Parteiführer gewissermaßen überrennen.

Der Reichspräsident will zunächst ihre Ansichten hören. Er wird Wert darauf legen, daß sie vorläufig in Berlin bleiben und nach den Vorbesprechungen mit ihm untereinander Fühlung nehmen, sodaß Anfang nächste Woche die zweite Etappe der Verhandlungen einsetzen kann, in denen sie dem Reichspräsidenten Vorschläge machen. Ueber den Inhalt der einzelnen Besprechungen soll zunächst nichts bekanntgegeben werden. Die Parteiführer werden gebeten, nichts darüber in die Oeffentlichkeit zu bringen, bis ein Ergebnis vorliegt, damit die Verhandlungen nicht durch vorzeitige Mitteilungen gestört werden. Nach dem Plan des Reichspräsidenten wird damit gerechnet, daß dieses Ergebnis bereits über Mitte nächster Woche zu erwarten ist, d. h. daß die Verhandlungen bis dahin zum Abschluß gekommen sind und der Reichspräsident dann seine Entscheidungen über die Neubildung der Reichsregierung treffen kann.

Von unterrichteter Seite wird ferner betont, daß der Reichspräsident [illegible] weiter an den Gedanken und dem Prinzip des Präsidialkabinetts festhält. Auch das neue Kabinett wird also ein Präsidialkabinett sein. Weiter steht fest, daß die Außenpolitik durch den Kabinettswechsel nicht berührt wird. Der deutsche Standpunkt in den wichtigsten Fragen, z. B. der Forderung der Gleichberechtigung in der Abrüstung ist parteimäßig nicht gebunden, sondern Allgemeingut. Es gilt auch schon als sicher, daß Freiherr von Neurath in jeder Konstellation als Außenminister wiederkehren wird. Im übrigen geht aus der Art, wie der Reichspräsident die Verhandlungen zu führen beabsichtigt, hervor, daß es sich keineswegs darum handelt, das Programm der Regierung Papen einfach anzunehmen. Auch das Wirtschaftsprogramm wird durchaus nicht als unabänderlich bezeichnet. Vielmehr sollen ja die Parteiführer selbst über Vorschläge beraten. Die Verhandlungen mit ihnen wird der Reichspräsident natürlich in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Meißner führen. Wenn aber der eine oder andere Parteiführer den Wunsch äußern sollte, mit dem Reichspräsidenten unter vier Augen zu sprechen, so wird auch dem sicher Rechnung getragen werden. Während der Verhandlungen wird die Regierung von Papen natürlich ihre Arbeiten fortführen.

•

Hitlers Antwort an den Reichskanzler

München, 17. Nov. Zu der Einladung des Reichskanzlers an Hitler zu einer Unterredung erfahren wir, daß Hitler die Einladung inzwischen beantwortet hat, daß aber eine Veröffentlichung des Briefes von nationalsozialistischer Seite vorläufig unterbleibt.

Adolf Hitler hat sich zwar im Kaiserhof in Berlin bereits wieder angesagt, ist aber bis Donnerstag abend noch nicht eingetroffen, offenbar, weil er nach dem Ausgang der Parteiführerverhandlungen eine so schnelle Reise nach Berlin nicht mehr für notwendig gehalten hat. Es verlautet, daß die maßgeblichen Persönlichkeiten der NSDAP. eine Denkschrift ausgearbeitet haben, die man als nationalsozialistisches Regierungsprogramm ansprechen könne, und daß es nicht ausgeschlossen sei, daß die Partei es vorziehen werde, statt einer persönlichen Unterredung Hitler—von Papen dem Reichspräsidenten diese Denkschrift überreichen zu lassen. Die Einladung, die Herr von Papen zu einer Unterredung mit Adolf Hitler ergehen ließ, sei lediglich mit einer Empfangsbestätigung beantwortet worden. Der Führer der NSDAP. dürfte dagegen für eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten jederzeit zur Verfügung stehen und dürfte in einem solchen Falle persönlich beim Herrn Reichspräsidenten das von ihm vorgeschlagene Regierungsprogramm vertreten. Ein etwaiger Empfang Hitlers durch den Reichspräsidenten von Hindenburg könnte voraussichtlich erst am Freitag in Frage kommen.

*

Die Stellungnahme der Deutschnationalen

T.U. **Berlin**, 17. Nov. Von deutschnationaler Seite wird zu den Ereignissen des 17. November wie folgt Stellung genommen:

„Die von interessierter Seite künstlich geschaffene und planmäßig gesteigerte Erregung ist unnötig. Eine Krise der Parteien, die im Wahlkampf gegen die Regierung Papen und gegen das von der D.N.V.P. verfochtene antiparlamentarische Prinzip standen, ist in eine Krise der Regierung umgefälscht worden. Das Angebot der Gesamtdemission des Kabinetts war nicht erforderlich. Es handelte u: handelt sich um die Schaffung

eines einheitlichen Wirtschaftsprogramms u. die zu seiner Durchsetzung notwendigen im Rahmen des Kabinetts lösbaren Personalmaßnahmen. Das schwere Geschütz der Gesamtdemission brauchte für diesen Zweck um so weniger aufgefahren zu werden, als die gegen eine antiparlamentarische Staatsführung stehenden Kräfte nur in der Verneinung einig sind und weder in den großen politischen noch in den brennenden wirtschaftlichen Fragen den Beweis der Einigung und der Leistung erbracht haben. Sie werden ihn auch nicht erbringen.

Wir sehen in dem Feldmarschall von Hindenburg den Garanten dafür, daß der gegen den Versailler Druck und den Weimarer Mehrheitswahn beschrittene Weg über alle Kabinettstaktik hinweg zum Siege geführt wird."

*

Erste Pressestimmen zum Rücktritt des Kabinetts von Papen

T.U. **Berlin,** 17. Nov. Einige Berliner Blätter nehmen bereits ausführlich zu dem Rücktritt der Regierung von Papen Stellung. Unter der Ueberschrift „Hitlers Betrauung notwendig" schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung", daß der Rücktrittsentschluß des Kabinetts trotz der Verspätung zu begrüßen sei. Die Betrauung Hitlers mit der Regierungsbildung scheine der nächstliegende und gangbarste Ausweg zur Entwirrung der Krise und zur Klärung der politischen Notwendigkeiten der Zukunft zu sein. Ein Auftrag an Hitler rufe grundsätzlich keine „staatspolitische Bedenken" hervor. Erst wenn sich gezeigt hätte, daß Hitler die Durchführung dieses Auftrages unmöglich sei, könnte eine andere Persönlichkeit mit der Bildung einer Regierung der großen nationalen Konzentration betraut werden. Auf jeden Fall müsse man Hitler einmal die Chance geben. — Der „Tag" befaßt sich mit dem Gedanken der autoritären Staatsführung und schreibt, die Parteien hätten es planmäßig dahin getrieben, daß sie der obersten Gewalt des Staates direkt ihre Forderungen vortragen dürften. Der Natur der autoritären Staatsführung entsprechend könne bei diesem Stand der Dinge die Entscheidung nur autoritär sein. Hindenburg sei Schöpfer und Garant des neuen Kurses, von dem es keine Umkehr gebe. Er habe aus Eigenem dem deutschen Volk den neuen Weg gewiesen ,er solle wissen, das heute warmes nationales Vertrauen hinter ihm stehe und ihm folgen wolle. — Die „Tägliche Rundschau" sagt, man habe diesem Kanzler bis zur allerletzten Minute Zeit gegeben, den Beweis für seinen Optimismus zu erbringen. Heute gebe es nur drei Menschen, die das Schicksal Deutschlands bestimmten. Bestimmend sei der Reichspräsident von Hindenburg. Es gehe heute darum, daß der enge Zusammenhang zwischen dem alten Marschall und dem Volk gewahrt bleibe. Entscheidend werde heute wieder die Person des Generals von Schleicher. Heute, wo der Kurs eines unbegründeten Optimismus vor der letzten unübersteigbaren Mauer angelangt sei, werde auch General von Schleicher seine Zurückhaltung aufgeben müssen. Der dritte Faktor sei Adolf Hitler. Es sei nunmehr der Augenblick gekommen, die Fäden da wieder anzuknüpfen, wo sie durch die Person des Herrn von Papen zerrissen worden seien. — Das „Berliner Tageblatt" fordert nach dem Sturz Papens vor allem den radikalen Bruch mit den Methoden, mit denen unter diesem Kabinett Deutschland regiert worden sei. Der Nachfolger Papens werde nicht gegen die Parteien und gegen den Reichstag und gegen die Länder zu regieren versuchen dürfen, sondern er werde sich bemühen müssen, für eine sachliche Politik ohne gewagte Experimente alle die zu gewinnen, die eine solche Politik mitzumachen bereit seien.

Das Echo des Kabinettsrücktritts im Reich.

T.U. **Köln,** 17. Nov. Die „Kölnische Volkszeitung" schreibt u. a.: Von der deutschen Volksvertretung hänge es jetzt ab, in welcher Zeit und in welchem Ausmaß die Zusammenfassung der politischen Kräfte zu einer starken Not- und Arbeitsgemeinschaft möglich sei. Je umfassender die zu schließende Notgemeinschaft wäre, desto idealer wäre die Lösung. Deshalb stelle die Stunde auch eine Frage an Hugenberg, an die kleineren Gruppen und selbst an die Sozialdemokratie. Zum Mindesten werde man erwarten müssen, daß diejenigen, die nicht den Mut zur Teilnahme fanden, nicht in einen hemmungslosen politischen Radikalismus verfielen, der z. B. die deutschen Sozialdemokraten, direkten Weges in die Arme der Kommunisten führen würde. Die Entscheidung der Nationalsozialisten werde von großer Bedeutung sein. Aber der Aufruf von Kaas aus Münster sei an alle politischen Führer gegangen und es würde dem Sinn seiner Worte widersprechen, wenn man von vornherein Grenzen für die Teilnahme zöge.

T.U. **Braunschweig,** 17. Nov. Die „Braunschweigische Landeszeitung" betont, Herr von Hindenburg habe das Wort. Das Ergebnis zweier Reichstagswahlen habe dem Staatsoberhaupt mit kaum mehr zu übertreffender Eindringlichkeit vor Augen geführt, was not tut. Man sollte in Berlin nicht vergessen, daß die Geduld und die Besonnenheit auch des deutschen Volkes kein unerschöpfliches Kapital ist.

T.U. **Berlin,** 18. Nov. Die „Germania" schreibt, die Regierung von Papen habe den Weg zu einer Neubildung der Reichsregierung und zu ihrer engeren Verknüpfung mit dem Volke freigegeben und hat dem Lande damit einen großen Dienst ausgewiesen. Die Entscheidung sei ernst und folgenschwer für alle diejenigen, an die der Ruf des Reichspräsidenten mit der Bitte um Unterstützung ergehen werde. Für taktische Bewegungen, halbe Entschlüsse und primitive Rücksichten des Prestiges sei kein Raum, wo große, das Schicksal des Landes bestimmende Entscheidungen getroffen werden müßten. Nun sei die nationalsozialistische Partei vor aller Oeffentlichkeit und im Lichte des hellsten Tages vor die Entscheidung gestellt, ob und unter welchen Bedingungen sie sich in den Staat einschalten und an seinen Aufgaben mitwirken wolle. Der Tag, an dem ihr diese Frage von der höchsten Autorität des Reiches vorgelegt werde, entscheide über mehr als nur über die Möglichkeit der vom Reichspräsidenten angestrebten politischen Kräftekonzentration.

Die „Vossische Zeitung" hebt hervor, daß es sich diesmal nicht nur um einen Personenwechsel, um eine Option für rechts oder links oder die Mitte handele, sondern um eine Entscheidung, durch die das deutsche Schicksal auf lange Zeit gestaltet werde. Dieser ungewöhnlichen Bedeutung entspreche auch das ungewöhnliche Verfahren, das der Reichspräsident gewählt habe.

Die „Kreuzzeitung" sagt, eine schnelle Entscheidung dieser Krise, die am besten überhaupt vermieden worden wäre, sei aus zwingenden Gründen erforderlich. Der Reichspräsident habe es in der Hand, der Entwicklung im Sinne der autoritären Staatsführung einen neuen mächtigen Auftrieb zu geben.

Der „Lokalanzeiger" ist der Auffassung, die Tatsache, daß überhaupt Verhandlungen stattfinden, bedeute die Gefahr der Verschleppung einer Krise, für die eigentlich kein Grund gewesen sei und die eine von den Parteien künstlich gemachte Krisis sei.

Die „Deutsche Zeitung" betont, es müsse unter allen Umständen verhindert werden, daß nach dem Scheitern des ersten Versuches einer Staatsführung auf autoritärer Grundlage die Leute irgendeinen maßgeblichen Einfluß erhielten, die uns in jahrelangem parlamentarischen Kuhhandelsgeschäft in den Zustand hineinregiert hätten, dessen Liquidierung heute die Aufgabe jeder Regierung sei.

Der „Börsenkurier" hält es für notwendig, daß keine überhasteten Entscheidungen getroffen würden, sondern daß mit aller Objektivität und Ruhe die Möglichkeiten erwogen würden, wie ein dem Parteienstreit entzogenes Kabinett sich der wenn auch nur indirekten Mitwirkung des Parlaments versichern könnte.

Der „Vorwärts" schreibt: Die Haltung der Sozialdemokratie zu einer Papen-ähnlichen Regierung werde genau dieselbe sein wie zur Regierung Papen selbst. Denn sie fordere nicht den Rücktritt dieser oder jener Person, sondern das Verschwinden eines Systems, des Systems des Klassenkampfes von oben.

Weitere Pressestimmen aus dem Reich.

T.U. **Bremen,** 18. Nov. Die „Weserzeitung" schreibt u. a.: In dem Augenblick, da der Reichspräsident die Demission des Kabinetts Papen angenommen habe, müsse festgestellt werden, daß die Form der Präsidialregierung nicht mit jenem autoritären Inhalt habe erfüllt werden können, wie es Hindenburg bei der Berufung Papens vorgeschwebt habe. Das Kabinett Papen sei beseitigt, aber es vermöge nichts wesentliches Neues an seine Stelle gesetzt zu werden. Zumindest bestehe wenig Hoffnung, daß die vom Reichspräsidenten zu führenden Verhandlungen mit den Parteiführern einen Erfolg bringen würden, der auch nur dem Start des Kabinetts Papen gleichwertig wäre, mit anderen Worten: durch den Rücktritt des Papen-Kabinetts sei augenblicklich keine Möglichkeit zu einer wirksamen Verbesserung der deutschen innerpolitischen Situation geschaffen worden.

T.U. **Köln,** 18. Nov. Die „Kölnische Zeitung" sagt, für die Parteien gebe es keine billigen Ausflüchte mehr. Nun sei es Zeit, die Nationalsozialisten beim Wort zunehmen. Einzig und allein um ihre Bereitschaft zur Mitarbeit gehe es heute, wie schon vorher am 1. Juni und am 13. August. Die Verhandlungen mit den anderen Parteien stünden erst in zweiter Linie.

T.U. **Dresden,** 18. Nov. Nach dem „Dresdener Anzeiger" eröffnet der Rücktritt der Regierung Papen einen neuen entscheidenden Kampf. — Die „Dresdener Nachrichten" schreiben: Nach Papens Rücktritt bleibe als einziger Weg, sofort ein wirkliches Kabinett der nationalen Konzentration zu bilden, das auch die Kräfte des Nationalsozialismus in die Staatsführung einschalte und das, ohne auf seinen Präsidialcharakter zu verzichten, vom Reichstag zum Mindesten toleriert werde.

Der Eindruck in London

T.U. **London,** 17. Nov. Der Rücktritt des Kabinetts von Papen kam der englischen Oeffentlichkeit nicht unerwartet, so daß er keine allzu große Ueberraschung auslöst. Ob aber die Parteien zu einer Einigung gelangen werden, begegnet starkem Zweifel, so daß politische Kreise Englands jetzt schon mit einem Weiterbestehen eines Präsidialkabinetts und mit der Möglichkeit eines Wechsels in der Person des Reichskanzlers rechnen. „Evenning Standard" hält Dr. Bracht für den Kandidaten, der die beste Aussicht auf den Reichskanzlerposten habe. In Regierungskreisen herrscht einige Besorgnis, daß Deutschland infolge der Kabinettskrise keine bevollmächtigen Minister nach Genf entsenden kann, wodurch eine Verzögerung in der von Simon beabsichtigten persönlichen Aussprache mit einem Reichsaußenminister entstehen würde.

*

Düstere Betrachtungen in Paris

T.U. **Paris,** 17. Nov. Noch ehe die amtliche Mitteilung über den Rücktritt des bisherigen Reichskanzlers von Papen vorlag, haben sich einige Pariser Abendblätter bemüht, ihm einen nicht gerade freundlichen Nachruf zu widmen. Das einzige Verdienst, das Herrn von Papen zugestanden wird, sehen die französischen Blätter darin, daß es ihm gelungen sei, die Welle des Nationalsozialismus aufzuhalten. Aber auch diese Tat, meint z. B. der „Temps", habe keine praktische Folgen und sonst habe Papen nur Mißerfolge zu verzeichnen. Der „Temps" sieht voraus, daß Papen von der politischen Bühne Deutschlands endgültig abtreten, daß deshalb aber die unter der sogenannten Barone-Regierung begonnene Politik nicht aufgegeben werde. Es sei zu befürchten, daß die allgemeine Demoralisierung, die dem gegenwärtigen politischen Chaos zugrunde liege, sich noch lange jenseits des Rheins auswirke. Die „Liberte" schreibt, die Zukunft sei voller Unsicherheiten. Der Nationalsozialismus Hitlers, der Militarismus General von Schleichers und der Kommunismus bedeuteten nur verschiedene Formen des Widerstandes gegen den Vertrag von Versailles. Es heiße nun, die Wahl unter diesen Unerwünschtheiten zu treffen, wem nämlich die Gleichberechtigung, die Deutschland als Rüstungsfreiheit auffasse, zuzugestehen sein würde.

*

Reichstagsfraktion der S. P. D. billigt Absage an Papen

T.U. **Berlin,** 17. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigte in ihrer Sitzung am Donnerstag einstimmig die Haltung des Fraktionsvorstandes bei der Ablehnung der an die Abgeordneten Wels und Breitscheid ergangenen Einladung des Reichskanzlers von Papen und machte sich die Begründung dieser Ablehnung in vollem Umfange zu eigen. Des weiteren beschäftigte sie sich mit den Anträgen, die dem Reichstag demnächst vorgelegt werden sollen.

Die Fraktion wird u. a. Aufhebung der Notverordnung gegen politischen Terror und über die Einrichtung von Sondergerichten beantragen, sowie auch eine Reihe von Anträgen sozialpolitischer Art einbringen.

Gemeinsame Aussprache zwischen Hoover und Roosevelt über die Schuldenfrage

T.U. **New-York,** 17. Nov. Präsident Hoover u. sein Nachfolger Roosevelt hatten am Donnerstag eine telephonische Unterhaltung, in deren Verlauf sie sich einigten, am kommenden Dienstag nachmittag im Weißen Haus in Washington die schwebenden Probleme, insbesondere die Schuldenfrage, gemeinsam zu besprechen.

*

Kein neues Hoover-Moratorium

Neuyork, 17. Nov. Wie der Washingtoner Korrespondent der „Herald Tribune" meldet, hat Hoover bei der Fühlungnahme mit seinen Ratgebern feststellen müssen, **daß der Kongreß nicht geneigt sei, einem Aufschub der Kriegsschuldenzahlungen zuzustimmen.** Der Kongreß, so schreibt das Blatt, werde darauf bestehen, daß die im Dezember fälligen Zahlungen auch tatsächlich geleistet werden, bevor man die Frage einer Revision der Schuldenverträge überhaupt erörtern könne.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[19

Ihr ganzes Verhalten zeigte ihm nur zu deutlich, daß sie, außer der Dankbarkeit für sein hilfreiches Eingreifen, in ihm nichts anderes sah als den Chef und Brotgeber.

Er schlug seine Handakten auf und vertiefte sich wieder in den Patentstreit, der ihm übertragen worden war.

* * *

In einem eleganten Kaffeehause des Zentrums saß Ina Hartwig in lebhaftem Gespräch mit einem eleganten jungen Mann, dessen Gesicht einen verlebten Zug trug.

„Ich kann dir beim besten Willen nichts mehr geben, Fritz", sagte Ina bedrückt und sah in ihre Wildledertasche. „Du überschätzt die Summen, die mir Weltner gibt. Ich kann zwar von dem Haushaltgeld etwas beiseite bringen, aber schließlich muß ich ja auch für mich etwas haben. Weltner sieht sehr darauf, daß ich, wenn Gäste da sind, repräsentiere. Da geht viel Geld weg. Du mußt schon sehen, daß du allein weiterkommst."

„Mach' du mir auch noch Vorwürfe", sagte Fritz von Dubian zornig. „Meinst du, es ist für einen erwachsenen Menschen angenehm, sich jeden Pfennig von der Mutter und von dir erbetteln zu müssen? Aber was soll ich machen? Alle Geschäfte, die man jetzt anfängt, werden nichts. Es ist wie verhext."

„Das liegt einfach daran, daß all deine Geschäfte unsolide sind; richtig gearbeitet hast du in deinem Leben überhaupt nicht."

„Na, spiele du dich nur nicht auf die Tugendhafte heraus", sagte Fritz von Dubian wütend. „Du hast bisher in deinem Leben auch nichts anderes gelernt als viel Geld mit Grazie auszugeben. Erst das Geld deines verstorbenen Mannes — und jetzt —"

„Als ob ich jetzt nicht wirkliche Arbeit leistete! Du hast ja keine Vorstellung davon, was es heißt, wie eingesperrt in dem Hause von Weltner zu leben und sich mit diesem ungezogenen Bengel von Sohn herumzuärgern. Ich wäre schon längst auf und davon, wenn ich es nicht für meine Pflicht hielte —"

Fritz von Dubian lachte spöttisch auf:

„Liebe Ina, die Walze darfst du mir gegenüber nicht aufziehen. Mir kannst du doch nicht einreden, daß du es für deine heilige Pflicht hieltest, dem mutterlosen Kinde die Mutter zu ersetzen. Ich kenne deine Gedanken ganz genau. Du wirst so lange aushalten, bis du Weltner glücklich dazu bekommen hast, dich zu heiraten. So liegen die Dinge. Ich begreife das ja sehr gut, und ich billige deinen Plan durchaus. Denn zwischen uns ändert das ja nichts, du darfst nur nicht verlangen, daß ich darin ein Zeichen von besonderer Selbstlosigkeit sehe."

Ina Hartwig wollte etwas erwidern, aber Fritz von Dubian hatte den Kopf gewandt, um den Gruß eines Herrn zu erwidern, der eben über den teppichbelegten Gang des Kaffeehauses an ihrem Tische vorbeikam.

Fritz erhob sich und sagte:

„Du mußt mich jetzt entschuldigen, Ina, ich habe eine dringende geschäftliche Besprechung mit dem Herrn, der soeben gegrüßt hat. Es ist ein großes Projekt, das wir da haben, und wenn es uns gelingt, werde ich bald wieder flott sein."

Ina schwieg, aber ihre Miene zeigte deutlich, was sie von den nur zu oft gehörten Versprechungen hielt.

Höflich half Fritz von Dubian Ina in den Nerzmantel und begleitete sie bis an die Tür des Kaffeehauses, wo er sich mit einem Handkuß von ihr verabschiedete.

Dann ging er schnell zurück und sah sich suchend in dem Lokal um. In einer stillen Ecke saß der Herr, der ihn vorhin gegrüßt hatte. Er winkte ihm schon von weitem mit seiner großen, dicken Hand zu, an deren kleinem Finger ein Stein aufdringlich funkelte.

Mit einem vertraulichen Lächeln begrüßte der dunkle, breite Mann Fritz und sagte:

„Hätten sich meinetwegen nicht zu beeilen brauchen, lieber Dubian; die schöne Kleine, die Sie da eben verabschiedet haben, wird nicht entzückt sein, daß Sie das Rendezvous mit ihr so schnell abgebrochen haben."

„Was glauben Sie denn, Gühring", lachte Fritz von Dubian belustigt, „wer diese Dame war, die ich eben hinausbegleitet habe?"

Gühring machte ein zynisches Gesicht:

„Na, wer soll's gewesen sein, als wieder eine Frau, die rettungslos in Sie verknallt ist? Ein Glück haben Sie, Dubian, toll. Und Ihr Geschmack", er schnalzte mit der Zunge, „prima, prima. Verteufelt schön und rassig sah Ihre Freundin aus."

Lachend nahm Fritz von Dubian Platz:

„Die Dame wird sehr geschmeichelt sein, wenn ich ihr das erzähle. Aber diesmal irren Sie sich. Diese Dame war nämlich eine Kusine von mir. Nein, nein, machen Sie kein so ungläubiges Gesicht. Wirklich!"

„Na, hören Sie mal, Dubian, das begreife ich ja nun nicht. Höllisch elegant, Ihre Frau Kusine, als ob sie verteufelt viel Mammon hätte. Daß Sie da so oft in Geldklemme sind — ist denn da nicht einmal bei Ihrer Kusine etwas zu wollen?"

Er machte mit seinen breiten, behaarten Fingern die Gebärde des Geldzählens.

Fritz von Dubian seufzte:

„Das sieht auch alles viel glänzender aus, als es in Wirklichkeit ist. Früher war meine Kusine einmal sehr reich. Aber als ihr Mann starb, war nichts mehr übrig. Meine Kusine verstand es auch nur zu gut, das Geld auszugeben, genau wie ich — Familienfehler! Jetzt leitet sie das Haus unseres Vetters Weltner, dessen Frau vor zwei Jahren gestorben ist."

Gühring richtete sich mit einem Ruck auf:

„Sie, hören Sie mal, Dubian, ist das etwa" — er unterbrach sich —, „ach nein, das ist ja zu blödsinnig, solches Zusammentreffen gibt es ja gar nicht in Wirklichkeit, das kommt ja nur im Kintopp vor; es gibt ja viele Leute, die Weltner heißen."

(Fortsetzung folgt.)